

Keine Stimme für die Parteien des Kapitals!

Den vollständigen Artikel gibt es hier:



Gekürzter Artikel des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vom 31. Januar 2025

Keine Stimme für die Parteien des Kapitals!

Am 23. Februar wird in Deutschland der Bundestag gewählt. Die bürgerlichen Medien sprechen von einer „Schicksalswahl“ und fordern uns auf, unsere Stimme nicht „zu verschenken“ – das Schreckgespenst einer starken AfD wird genutzt, um uns zu erpressen, unsere Stimme den anderen Parteien des kapitalistischen Systems als vermeintlich „kleineres Übel“ zu geben. Auf der anderen Seite steht die verlogene Demagogie der AfD, die uns weismachen will, mit ihr stünde eine „Alternative“ zur Wahl, die sich um die Sorgen der „kleinen Leute“ kümmere. Doch keine der zur Wahl stehenden Parteien vertritt die Interessen der Arbeiterklasse, der Frauen, der Jugend oder der arbeitenden Bevölkerung. Keine von ihnen steht der reaktionären Entwicklung, dem Rechtsruck entgegen; jede von ihnen bereitet bereits jetzt eine Politik vor, die ein Angriff auf uns bedeutet.

Die Kommunistische Partei kann bei diesen ersten bundesweiten Wahlen nach ihrer Gründung noch nicht antreten, und es gibt keine andere Partei, die konsequent die Interessen unserer Klasse vertritt. Deshalb lautet unsere Losung: Keine Stimme den Parteien des Kapitals! Wir rufen dazu auf, ungültig zu wählen, um zumindest symbolisch unsere Opposition auszudrücken.

In welchem Deutschland leben wir 2025?

Die Bundestagswahl findet in einer Zeit schwerer Krisen des deutschen Kapitalismus statt. Die Wirtschaftsleistung ist 2024 um 0,2 Prozent gesunken, und die Prognosen für 2025 deuten auf weitere Stagnation hin. Die Arbeitslosigkeit steigt, und die Industrie steckt in einer tiefen Krise. Hintergrund ist die zunehmende Konkurrenz im imperialistischen System, insbesondere gegenüber China und den USA. Der deutsche Imperialismus rüstet sich zum Krieg und will die Gesellschaft „kriegstüchtig“ machen.

Was versprechen uns die Parteien des Systems? Während kapitalistischer Krisen reagieren die Parteien unterschiedlich. Allen gemeinsam ist das Ziel, die Krise

zu überwinden, indem die Kapitalakkumulation wieder angekurbelt und die Ausbeutung der Arbeiterklasse effizienter gestaltet wird.

- CDU/CSU: CDU und CSU fordern eine strenge Einhaltung der „Schuldenbremse“. Das bedeutet letztlich: Kürzungen bei Ausgaben für Soziales, Bildung, Gesundheit, Bus und Bahn usw. Gleichzeitig soll das Kapital steuerlich entlastet werden. Sie treiben die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung sowie den Ausbau des Polizeistaats voran. CDU/CSU stehen für einen Generalangriff auf die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Massen.

- SPD: Die SPD gibt sich als „Arbeitnehmerpartei“ aus, will angeblich „Soziales“ wieder in den Mittelpunkt rücken. Doch auch sie hält an der „Schuldenbremse“ fest, unterstützt Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie verschärft die Repression gegen Migranten, fordert „konsequente Abschiebungen“ und verschärfte Überwachung.

- Die Grünen sind die vielleicht vehementeste Stimme für Rüstung und Krieg. Habeck fordert eine Erhöhung der Militärausgaben auf 3,5 Prozent des BIP, was knapp 30 Prozent des Bundeshaushalts 2024 gleichkommt! Ihrer Steuer- und Klimapolitik dient vor allem den Interessen des Kapitals. Die Grünen werden weitere Angriffe auf Löhne, Renten, Sozialausgaben, Ausgaben für öffentliche Infrastruktur, Bildung und Gesundheit durchführen.

- AfD: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der AfD bedeutet einen massiven Raubzug des Kapitals gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Sie steht für eine Steuerpolitik, die in extremem Maße Reiche begünstigen und drastische Kürzungen bei den ärmsten Teilen der Arbeiterklasse vornehmen soll, etwa beim Bürgergeld und bei der Rente. Sie verherrlicht den historischen Faschismus, bietet Faschisten heute eine Bühne und steht für massenhaften Terror und Abschiebungen gegen Migrantinnen und Migranten. Ihre Position gegen Waffenlieferungen in die Ukraine sollte nicht mit einer Antikriegsposition verwechselt werden; dahinter steht die Vorstellung eines eigenständigeren, von NATO und EU unabhängigeren deutschen Imperialismus.



- Die Linke: Die Linkspartei stellt zwar Forderungen nach einem einheitlichen Krankenkassensystem, einer Erhöhung der Renten oder einer Obergrenze für Mieten auf. Das kapitalistische System, das Barbarei, Ausbeutung und Krieg bedeutet, stellt sie aber nicht infrage. Überall, wo sie bisher an Landesregierungen beteiligt war, hat sie die volksfeindliche Politik des Kapitals mit umgesetzt. Trotz ihrer Friedensrhetorik ist sie Teil der imperialistischen Kriegspolitik – zum Genozid in Gaza hat sie geschwiegen, ihre Abgeordnete Rackete hat im EU-Parlament für die Eskalation des Kriegs gegen Russland gestimmt. Die Linkspartei steht nicht gegen den Rechtsruck, sondern ist der moderate Teil des Rechtsrucks.

- BSW: Das Bündnis Sahra Wagenknecht verspricht soziale Verbesserungen, steht aber ebenfalls für die Stabilisierung des Kapitalismus. Das Sanktionsregime gegen Arbeitslose befürwortet das BSW, bei der Erbschaftssteuer vertritt es mit seinem Vorschlag einer linearen Steuer die Interessen der reichen Erben. Es lehnt Waffenlieferungen ab, fordert jedoch den Ausbau der Polizei und schürt rassistische Vorurteile gegen Migranten. Sein Standpunkt ist nicht der der Arbeiterklasse, sondern der des mittelgroßen Kapitals, das im Monopolkapitalismus eine bessere Verhandlungsposition erreichen will.

Was wäre die Rolle einer kommunistischen Partei bei den Bundestagswahlen?

Aufgabe einer klassenkämpferischen kommunistischen Partei wäre es, im Wahlkampf das kapitalistische System zu entlarven und den Wahlkampf für die Stärkung des Klassenbewusstseins und der Ablehnung des Kapitalismus zu nutzen. Sie würde sich für jede Forderung zur konkreten Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes und gegen den Krieg einsetzen und dabei immer klar und deutlich erklären, dass nur der Sozialismus eine Lösung darstellen kann. Sie würde sich selbstverständlich nicht an Regierungen beteiligen, sondern Wahlkampf und Parlamentssitze ausschließlich nutzen, um den Kapitalismus zu entlarven und den Klassenkampf außerhalb der Parlamente zu stärken.

Warum keine der „linken Kleinparteien“ wählen?

Auch kleinere linke Parteien wie MERA25, die MLPD oder RIO/RSO bieten keine echte Alternative. Ihre Haltung gegenüber den Wahlen und damit

gegenüber dem bürgerlichen Staat ist reformistisch und daher nicht geeignet, eine revolutionäre Opposition gegen das Kapital aufzubauen. Mit ihrem feindseligen Verhältnis zu historischen sozialistischen Gesellschaften ist ein Kampf für den erneuten Aufbau des Sozialismus mit diesen Parteien leider nicht möglich.

Alle zusammen gegen die AfD?

Die Logik des „kleineren Übels“ lehnen wir ab. Das Muster ist bekannt: Macron wählen, um Le Pen zu verhindern; Harris wählen, um Trump zu verhindern; oder, aus der deutschen Geschichte, Hindenburg wählen, um Hitler zu verhindern – mit dem Ergebnis, dass Hindenburg die Wahl gewann und Hitler zum Reichskanzler ernannte!

Den Fokus nur gegen die AfD zu richten, nicht aber gegen die Herrschaft des Kapitals und gegen all die Parteien, die in verschiedenen Varianten die volksfeindliche Politik des Kapitals durchsetzen und damit auch der AfD den Weg bereiten, ist falsch. Das bedeutet nicht, die Gefahr durch die AfD kleinzureden. Sie ist eine zutiefst reaktionäre und arbeiterfeindliche Partei mit zumindest faschistischen Elementen. Den Kampf gegen sie und ihre Ideologie müssen wir unbedingt führen – er muss aber Teil eines umfassenden Kampfes gegen das kapitalistische System sein.

Verschenken wir unsere Stimme, wenn wir aufs Wählen verzichten?

Wir sind nicht gegen die Beteiligung an Wahlen, sondern streben sie im Gegenteil da an, wo sie nützlich ist, den Kommunismus sichtbarer zu machen und das System zu entlarven. Doch echte Demokratie bedeutet für uns die Herrschaft des arbeitenden Volkes, nicht die Wahl zwischen kapitalistischen Parteien. Solange das Kapital die Macht hat, ändern Wahlen nichts. Der Sozialismus wird nicht durch Wahlen erkämpft, er erfordert den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus. Dafür müssen wir heute schon für starke und klassenkämpferische Gewerkschaften kämpfen, für eine gesellschaftliche Front, die reale Verbesserungen erkämpft und sich gegen Krieg und Militarisierung einsetzt – für das Leben, das wir verdienen, aber im Kapitalismus nie bekommen werden.